

DATENSCHUTZ

# Watch the passenger

Im Jahr 2003 ist die EU in manchen Bereichen mit beachtlichen Schritten vorangekommen. Zum Beispiel in der Überwachung ihrer Außengrenzen durch modernste Technik. Auch der Datenschutz der EU-BürgerInnen wird immer kleiner geschrieben.

Zum Jahreswechsel ein Hoch auf die Biometrie - so könnte ein passender Sylvester-Toast der Europäischen Union lauten. Im Jahr 2003 lief die Forschung über biometrische Verfahren auf Hochtouren, wurden wichtige Erkenntnisse für die Umsetzung in die Praxis erarbeitet. Zuerst kam das Visum für Einreisende in die EU. Als "wichtigen Schritt hin zu einem europäischen Raum der Freiheit, der Sicherheit und der Justiz" begrüßte Luxemburgs Innenminister Luc Frieden Anfang Oktober die Einführung biometrischer Merkmale für Visa. Fortan gibt es die EU-Eintrittskarte erst nachdem Fingerabdruck und Foto eingescannt wurden. Anfang Januar feiert die Eurodac, die zentrale Datenbank für AsylbewerberInnen mit Sitz in Luxemburg ihren ersten Geburtstag. Hier werden Fotos und Fingerabdrücke aller Flüchtlinge, die einen Asylantrag gestellt haben, gespeichert.

Im kommenden Jahr wird nun auch das Projekt des "gläsernen Reisenden" fortgesetzt. Spätestens bis Oktober soll der biometrische Pass für alle EU-BürgerInnen eingeführt sein. Luc Frieden hat bereits angekündigt, Benelux und Deutschland würden vorsehen, wenn nicht alle EU-Länder mitmachen wollen.

Gerade noch rechtzeitig vor dem Jahreswechsel beendeten unterdessen EU-Kommission und US-Behörden formell ihren Streit über die Weitergabe von Flugpassagier-Daten. Wenig verwunderlich ist, dass die neue Übereinkunft von beiden Seiten als Erfolg dargestellt wird. "Nach einem Jahr offener und gewissenhafter Verhandlungen zeigt diese Übereinkunft der Welt, dass die USA und die EU gemeinsam das Ziel verfolgen, für die Sicherheit der Menschen und des internationalen Flugtransportes zu sorgen", kommentiert Tom Ridge vom US-Department of Homeland Security (DHS). "Die Verhandlungen waren alles andere als einfach", so der EU-Kommissar für den Binnenmarkt, Frits Bolkestein. "Am Ende haben die USA eine Reihe wichtiger Konzessionen gemacht."

"Dies ist das dritte Abkommen zwischen EU und USA, das die



Datenschutz-Direktive von 1995 unterwandert", sagt hingegen Tony Bunyan von der Organisation "Statewatch". Gemeint ist vor allem Artikel 25 der Direktive, der die Übermittlung personenbezogener Daten in Drittländer regeln soll. Eine solche Übermittlung sei zulässig, wenn das Drittland "ein angemessenes Schutzniveau gewährleistet", steht im Gesetz. Ob der Datenschutz in den USA, wo bislang kein nationales Datenschutzgesetz existiert, tatsächlich garantiert werden kann, darüber streiten unter anderem EU-Kommission und Parlament. Letzteres widersetzte sich bislang vehement einer Weitergabe der Daten.

## No-Flight-Liste

Bereits seit März 2003 haben die USA Zugriff auf die Daten der Passagiere der meisten europäischen Fluggesellschaften, inklusive Air France, British Airways und Lufthansa. Eine vorübergehende Vereinbarung, der die EU-Kommission zustimmte, obwohl sie gegen geltendes EU-Recht verstößt. Dies gibt auch Frits Bolkestein unumwunden zu. "Das ist eine Tatsache", so der EU-Kommissar Anfang Dezember. "Wir müssen raus aus dieser Illegalität." Die Konsequenzen daraus könnten allerdings "sehr gravierend sein". Zu strenge Regeln könnten den europäischen Luftfahrtgesellschaften schwerwiegende Wettbewerbsnachteile verschaffen.

Der nun zwischen EU-Kommission und DHS ausdiskutierte Kompromiss ist tatsächlich eine Light-Version des ursprünglich von der US-Behörde geforderten Maßnahmenkatalogs. Bis zu 34 Datenelemente über einen Passagier könnten dem Abkommen nach den US-Behörden übermittelt werden, diese dürfen die Daten höchstens dreieinhalb Jahre speichern. Im ersten Punkt gab die EU nach, denn ursprünglich wollte sie die Zahl der Elemente auf 19 beschränken. Im zweiten Punkt lenkten die USA ein, sie hatten eine Speicherzeit von sieben Jahren gefordert.

Das Abkommen bleibt dreieinhalb Jahre gültig. Damit es in Kraft tritt, muss es allerdings erst einmal vom Europaparlament abgesegnet werden. Ob und in welcher Form dies geschehen wird, dürfte eine der spannenden Debatten zu Jahresbeginn werden.

Trotz der folgenreichen Veränderungen sind kritische Stim-

men der DatenschützerInnen bislang kaum zu vernehmen. Im September diesen Jahres sprach sich die 25. Internationale Datenschutz-Konferenz in Sidney dafür aus, einen adäquaten Datentransfer über ein internationales Abkommen zu regeln. Hier müssten Einsatz, Umfang und die Dauer der Datenspeicherung limitiert, den Betroffenen Zugang zu diesen Informationen zugesichert und eine unabhängige Kontrolle garantiert werden. Solche Regeln gibt es bislang beispielsweise in den USA nicht.

## Kaum Proteste

In Washington überwacht das Forschungszentrum "Electronic Privacy Information Center" (EPIC) die Gepflogenheiten der Behörden. EPIC hatte im Frühjahr letzten Jahres herausgefunden, dass die "Transportation Security Administration" (TSA) per Gesetz befugt ist, die Namen der Reisenden zu speichern, die "ein Risiko für Flugzeugentführung oder Terrorismus" darstellen. Nachdem die TSA die Existenz einer solchen Liste stets geleugnet hatte, gab sie im Oktober 2002 schließlich zu, die Liste zu führen. Seit 1990 wird in den USA eine solche No-Fly-Watchlist geführt. Laut EPIC war aus den ihm zur Verfügung gestellten Dokumenten nicht ersichtlich, nach welcher Methode die Personen auf der Liste landen. Auch sei nicht festgehalten, wie eine Einzelperson es erreichen kann, dass ihr Name wieder gestrichen wird.

Genau das kritisiert Maurice Wessling, Präsident der "European Digital Rights" (EDRI): "Der Transfer von Passagierdaten entbehrt jeder legalen Basis und verletzt die EU-Gesetze über Datenschutz. Es gibt wenig Schutzmaßnahmen gegen Missbrauch. Wenn europäische Reisende an Flughäfen ohne triftigen Grund aufgehalten und durchsucht werden, oder ihnen sogar die Einreise in die USA verwehrt wird, haben sie keinerlei Möglichkeiten herauszufinden, welche Daten diese Restriktionen verursacht haben."

EDRI hat eine Kampagne gegen den illegalen Transfer von Daten über europäische Reisende in die USA gestartet. Passagiere werden aufgefordert, Protestbriefe an die nationalen Datenschutzbehörden zu schreiben sowie eine Anfrage an die entsprechende Fluggesellschaft zu richten. Darin enthalten sein soll die Aufforderung, alle gespeicherten persönlichen Daten zu übermitteln und die Anfrage, welche dieser Daten an die US-Behörden weitergegeben wurden. Der EDRI gehören Organisationen aus elf europäischen Ländern an, ein luxemburgisches Mitglied fehlt bislang auf der Liste.

Daniële Weber

## Patrimoine en péril

"Le tigre de papier perd donc quelques dents de plus alors qu'il lui en manquait déjà", tel est le jugement porté par Renée Wagener sur le projet de loi "concernant la conservation et la protection des sites et monuments". La députée Verte et membre-fondatrice de "Stoppt de Bagger" proteste dans une lettre communiquée à la presse contre l'orientation prise par la commission parlementaire de la culture. Renée Wagener rappelle que la loi actuelle, qui date de 1983, n'a pas su empêcher les destructions massives du patrimoine architectural pendant les années 80 et 90. Cette loi était surtout consacrée à la protection de ce qui est "vieux et traditionnel". De ce fait, les services compétents ont tout laissé faire: "démolir les derniers cinémas d'époque, casser les intérieurs de magasins ou de bistrots, s'adonner au 'façadisme' le long de l'Avenue de la Liberté, arracher portes, fenêtres ou façades originales des maisons d'habitation des années trente à Belair ..."

Une réforme de cette loi s'imposait donc aux yeux de Renée Wagener. Or elle constate que le projet de loi se borne à des corrections ponctuelles voire affaiblit la portée des instruments existants. Ainsi il est prévu d'ôter la possibilité pour les tiers de proposer le classement d'immeubles et abolit le mécanisme de protection temporaire lors de l'introduction de la demande de classement. "Nous nous déplaçons à Bruxelles, Amsterdam ou Paris pour admirer les complexes industriels et des maisons d'habitation d'époque, des grands magasins et des bistrots, mais nous ne nous donnons pas les moyens pour sauvegarder nos propres témoins architecturaux", conclut amèrement la députée.

## Feuerwachenalarm in Saarbrücken

Die Existenz der "Alten Feuerwache", eines seit über 20 Jahren bestehenden alternativen kulturellen und sozialen Zentrums, ist bedroht. Am 28.11.2003 erhielt der Trägerverein "Alter Feuerdrache e.V." eine schriftlichen Kündigung von der Stadt Saarbrücken. Man versuche wieder einmal, so der Verein, die NutzerInnen der Alten Feuerwache aus dem Gebäude zu werfen, um es einer "wirtschaftlicheren Nutzung zuzuführen", wie es im Kündigungsschreiben heißt. Damit solle die Feuerwache als eines der letzten öffentlichen Gebäude, die den städtischen Privatisierungswahn bisher relativ unbeschadet überstanden haben, wie so viele andere zuvor einer kapitalistischen Verwertung zugeführt werden.

Am 20. Dezember organisierten die NutzerInnen eine Demo, an der mehrere Hundert Personen teilnahmen. "Die Alte Feuerwache ist konkreter Bestandteil unseres Versuches, dem vom Staat und dem Großteil der Gesellschaft (re-)präsentierten Autoritäts- und Verwertungsgedanken eine Alternative entgegenzusetzen", hieß es in einem Redebeitrag der Antifa Saar, der mit den Parolen abschloss: "Freiwillig gehen wir nicht raus! Kapitalistische Verwertungslogik angreifen! Linke Zentren verteidigen! Feuerwache bleibt!"

## Solidarité avec Adriano

Les images du salon de coiffure saccagé ont fait le tour des médias. Le week-end d'avant Noël, des inconnus ont pénétré dans un local situé à l'intérieur d'une galerie marchande. L'origine capverdienne du propriétaire et le contenu raciste et xénophobe des dessins font penser à un acte perpétré par des militants d'extrême droite. Mais à côté des "white power cross" il y avait d'autres dessins, obscènes ou carrément débiles. Le recours à des motifs racistes pourrait être une tentative pour brouiller les pistes. Ce qui est certain, c'est que les auteurs du saccage ont cherché à faire un maximum de dégâts. Depuis, le local a été rangé et partiellement nettoyé, avec l'aide des voisins de la galerie et de personnes, dont nombre de jeunes, venues spontanément manifester leur solidarité.

